

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Insertats** werden die 6spaltigen Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreiwöchiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Insertats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 155.

Dresden, Donnerstag den 9. Juli 1914.

25. Jahrg.

In der bairischen Abgeordnetenversammlung sprach Kriegsminister v. Kreh über verschiedene wichtige Militärfragen.

Ein ganzer Kriegerverein hat sich zum Zeugnis für den Soldatenmishandlungsprozeß angeboten.

Der schlesische Arbeiterfängerbund richtet an den Minister v. Löbell einen offenen Brief wegen der Parteilichkeit der Behörden.

Bei der Einsturzkatastrofe in Lichtenberg kamen fünf, bei einer Dynamitexplosion in Rumenoß drei Menschen ums Leben.

Das englische Oberhaus nahm einen Antrag an, die ganze Probirng Ulster von Somerville auszufließen.

Der französische Senat nahm die Vorlage der Regierung an, die die Einführung der englischen Woche in den Staatsbetrieben vorschlägt.

Der serbische Ministerpräsident verurteilte die serbische Presse für veranlassen, ihre gegen Oesterreich eingeschlagene scharfe Tonart zu mäßigen.

## Zentrum und Wahlreform in Preußen.

Von Windthorst zu Gerold.

Zu Jahre 1873 brachte das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag ein, das Reichstagswahlrecht auch in Preußen einzuführen. Am 26. November kam der Antrag zur Verhandlung, und Windthorst, der Zentrumsführer, war es, der ihn begründete. Windthorst verneinte nicht, daß seinem politischen Gesinnung „altdeutsches, ständisches Wahlrecht“ entspreche und daß er keineswegs das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht „ideal, absolut, theoretisch“ als das „allein richtige und vollkommenste Wahlrecht“ betrachte. Weil aber in Preußen die ständischen Grundlagen fehlten, könne hier auch von einem ständischen Wahlrecht nicht mehr die Rede sein. Dann hieß es:

Man hat in dem Staatswesen höherer Ordnung, das über dem preussischen Staate steht, nämlich im Deutschen Reiche, ein anderes Wahlsystem eingeführt, und ich halte es für unmöglich, wenn in diesem Staatswesen höherer Ordnung ein so wesentlich verschiedenes Wahlsystem existiert, daß in Preußen, in dem größten und führenden Staate Deutschlands, das abweichende stattfinden kann. Es ist notwendig, daß die Staaten niedriger Ordnung den Impulsen folgen, die in dem Staate höherer Ordnung gegeben worden sind.

Windthorst erklärte sodann, daß das Dreiklassensystem nach dem einstimmigen Urteil aller eine Karikatur sei. Dazu komme, daß man in allen Staaten der Welt mit dem Beschränken des Wahlrechts ein Ende mache. In Amerika habe man das Wahlrecht auf die Regier ausgebreitet; in England man mit der Erweiterung des Wahlrechts vor, in anderen europäischen Ländern bestünde das allgemeine, gleiche Wahlrecht bereits. Das seien die Gesichtspunkte, aus denen er zu dem Schluß komme, „daß das allgemeine Wahlrecht durchgeführt werden muß und daß das Dreiklassenwahlrecht nicht mehr existieren darf“. Es sei, so meinte Windthorst weiter, „in hohem Grade bedenklich, wenn ein großer Teil der Gesellschaft außerhalb der beratenden Körperschaft steht und gleichsam auf der Straße debattiert“.

Dann hatte Windthorst noch einen Grund für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, der unseres Erachtens aus von großer Bedeutung für die später eintretende Veränderung in der Haltung des Zentrums gegenüber der preussischen Wahlrechtsfrage war. Er meinte, das destruktivste (zerstörendste) Element in der Welt sei das Geld, und der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbeutel zu forrrieren, sei der allerbedenklichste, den man machen könne. Windthorst verurteilt mit diesen Worten das preussische Wahlrecht als Geldwahlrecht, als Wahlrecht der Reichen, die mit ihrem Gelde umstürzlerisch gegen das Bestehende vorgehen. Andererseits sagte Windthorst:

Wie ich die Verhältnisse der Gegenwart ansehe, so bin ich der Meinung, daß in den Wählern dritter Klasse mehr Rechtsinn herrscht, als in denen der zweiten und ersten Klasse. Sie halten mehr als die anderen Klassen fest an den überlieferten geschichtlichen Verhältnissen, sie sind noch meiner Ueberzeugung im großen und ganzen konservativer als die Männer des Geldes.

Und auch Wallinckrodt, der zweite Redner des Zentrums zu dieser Frage, berief sich auf diesen Umstand, indem er die Befürchtung, daß das allgemeine Wahlrecht zu einer Massenherrschschaft führen könne, zurückwies. Eine solche Befürchtung liege nach seiner Auffassung ziemlich fern: in den Massen sei, abgesehen von einigen Fabrikdistrikten, mehr konservativer Geist, weniger revolutionäre Gesinnung als in den höheren Klassen.

Das Zentrum hat, als dieser Antrag durch die Liberalen begraben wurde, ihn nicht wieder eingebracht, sondern es dabei

beenden lassen, sich gelegentlich im Parlament und mehr noch draußen in der Presse und in Versammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht auszusprechen. Jedenfalls hat es in der Folgezeit nichts Ernstliches in der preussischen Wahlrechtsfrage getan, trotzdem sogar seine Anhänger, namentlich die katholischen Arbeitervereine, wiederholt die Partei an ihre Pflicht auf diesem Gebiete gemahnt haben. Seit die Sozialdemokratie in Preußen sich der Sache bemächtigt und eine Wahlrechtsbewegung ins Leben gerufen hat, ist das Zentrum auch in dieser Frage immer mehr nach rechts gerückt, bis es denn schließlich von seiner Abneigung gegen eine wirksame Wahlreform in Preußen gar kein Geht mehr macht.

Wortführer des Zentrums in Sachen des Wahlrechts ist jetzt im preussischen Abgeordnetenhaus Herr Gerold, ein Volkstagsagrarier in weiß wallendem Patriarchenbart. Von ihm hört man nicht mehr wie von den Windthorst und Wallinckrodt, daß das Dreiklassenwahlrecht eine Karikatur, daß es wegen seiner Geldnatur nicht länger zu ertragen sei. Herr Gerold spart sich die Aufregung. Weder ist seine Abneigung gegen das Dreiklassenwahlrecht so groß, noch geben seine Wünsche bezüglich der Wahlreform so weit wie die der Zentrumsführer aus den heftiger Jahren. Am 13. Januar 1914 äußerte sich der Wahlrechtskommission des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhaus, daß die Initiative für die Vorlage eines neuen Wahlrechts von der Regierung ergriffen werden müsse. Das Zentrum werde das abwarten, es stelle aber jetzt schon zwei Forderungen, auf deren Erfüllung es unbedingt lege: 1. daß an der bestehenden Wahlkreiseinteilung nichts geändert und 2. daß die geheime Stimmabgabe eingeführt werde. Und am 18. Mai wiederholte er diese Ausführungen im preussischen Abgeordnetenhaus mit dem Hinzufügen: es ergebe sich aus den Verhältnissen von selber, daß die Wünsche und Ansprüche bezüglich der Wahlreform „sehr bescheiden“ sein müßten, und es sei schon ein großer Fortschritt, wenn das geheime Wahlverfahren durchgesetzt werde.

Woher diese Schwächung, diese Bescheidenheit des Zentrums in einer Frage, die ehemals seine herausragenden Führer zu weitgehenden Forderungen auf den Kampfplatz führte? Wir haben es oben schon angedeutet. Im Zentrum der heftiger Jahre herrschten noch kleinbürgerliche und bauerliche Interessen vor, die die Abneigung gegen das den Liberalen dienende Geldwahlrecht zur Folge hatten. Diese Massen der Bauern, Kleinbürger und Arbeiter folgten getreulich dem Zentrum, wählten, wie der Herr Pfarrer befohlen hatte, und waren so konservativ, wie es das Zentrum nur verlangen konnte. Eine Sozialdemokratie gab es damals noch kaum, und was sich so nannte, lag in innerem Bruderkampf. 1871 hatte sie bei der Reichstagswahl rund 100 000 Stimmen erreicht, bei der Landtagswahl in Preußen kam sie noch gar nicht in Betracht. Das Zentrum hatte allen Grund, bezüglich der Arbeitermassen unbesorgt zu sein und, da es mit 58 Abgeordneten und 725 000 Stimmen in den ersten deutschen Reichstag eingezogen war, bezüglich der Aussichten unter dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hoffnungsvoll in die Zukunft zu schauen.

Aber im Zentrum gewonnen die kapitalistischen Interessen mehr und mehr Einfluß, und die Zeit lehrte außerdem, daß die Massen doch nicht so konservativ gesinnt waren, wie das die Herren Windthorst und Wallinckrodt gemeint hatten. 1874 hatte die Sozialdemokratie schon 300 000 und 1877 bereits fast 500 000 Stimmen bei der Reichstagswahl. Das Sozialistengesetz befreite auf einige Zeit die bürgerlichen Parteien von der Umsturzsorge. Als sich dann aber zeigte, daß weder die Gewalt des Ausnahmegesetzes noch die Gabe der Sozialreform die Demokratisierung der Massen verhindern konnte; als der konservative Geist, auf den die Zentrumsführer noch bauen zu können glaubten, mehr und mehr aus den Arbeitern wich; als die revolutionäre Gesinnung sich nicht mehr auf einzelne Fabrikdistrikte, sondern auf alle Städte und von da auf das benachbarte Land erstreckte, da ward's still und stiller mit dem wahlreformerischen Eifer im Zentrum, und heute sucht man zu stützen und zu erhalten, wo man ehemals zu stürzen und zu erneuern bemüht war.

Von Windthorst zu Gerold ist ein langer, aber doch ganz natürlicher und folgerichtiger Weg. Nur in religiösen Dingen kennen die Herren vom Zentrum ewige unänderbare Ziele und unaußweichliche Grundzüge. In der Politik verstehen sie sich aufs Rechnen, und genau so wie die Herren Gerold und Genossen in der Sozialpolitik von kühlen geschäftlichen Erwägungen ausgehen, so auch in der Wahlrechtspolitik. Die Rechnung, die ehemals der ultramontane Führer im Vertrauen auf die konservative Gesinnung der Massen aufstellte, stimmt nicht mehr, da sich einer der Faktoren geändert hat. Es wird eine neue Rechnung gemacht, deren Ergebnis das Gegenteil der früheren ergibt: unter Windthorst Freund, unter Gerold Gegner der Wahlreform. Wie die Demokratisierung der Massen diese Wandlung des Zentrums zustande gebracht hat, so wird der weitere Fortgang dieser Demokratisierung, wenn sie mächtiger geworden ist als der Konservatismus der bürgerlichen Parteien, diese auch wieder auf den Weg einer wirksamen Wahlreform zwingen!

## Ein offener Brief an den preussischen Polizeiminister.

Unter den mannigfachen Schikanierungen gegen die Arbeiterbewegung spielte das Vorgehen der Breslauer Behörden gegen die schlesischen Arbeiterfänger eine besonders rühmliche Rolle. Das Unglaubliche wurde aufgeboten, um den Festzug der Arbeiterfänger durch die Stadt und die Abhaltung des Sängeresfestes selbst zu hintertreiben. Die Angelegenheit ist auch im Reichstag von unseren Parteigenossen zur Sprache gebracht worden.

Jetzt hat der Ausschuß des schlesischen Arbeiterfängeresfestes einen offenen Brief an den preussischen Minister des Innern, v. Löbell, ergehen lassen unter der der Verfassungskommission entnommenen Aufschrift:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich.“

In dem offenen Briefe werden dem Minister folgende Tatsachen unterbreitet:

Am 1. und 2. Juni wurde von der Breslauer Polizei auf Anordnung ihres Präsidenten jedes Kind und jede unter 18 Jahren alte Person aus den Räumen des Arbeiterfängeresfestes verwiesen, weil der Sängerbund politisch sei und einzelne Mitglieder politischen Inhalt haben sollten. Am 14. Juni feierte der konservative Verein für den Wahlkreis Oels-Parthenburg ein „Volksfest in Sußowina“, auf dem der freikonservative Abgeordnete Martin eine politische Rede hielt, in der er gegen Preußen und Sozialdemokratie polemisierte und die Regierung zu schärferem Kampfe gegen den Umsturz aufforderte. An diesem politischen Feste nahmen etwa 150 Kinder und Jugendliche teil, ohne daß die Polizeibehörde dagegen einschritt. Der oberste Chef der Polizeigewalt im Arrondissement, Landrat v. Duffe, war selbst anwesend, er tat nichts gegen die Anwesenheit der Jugendlichen, sondern hielt selbst noch eine Rede über die Pflichten der Staatsbürger.

Am 20. Juni hielt der Bund der Landwirte und der konservativen Verein Trebnitz ein Fest ab, in dessen Mittelpunkt eine hochpolitische Rede des konservativen Führers von Dendeband und der Frau stand. Der ungenannte König von Preußen beschäftigte sich nicht nur mit der inneren Politik, indem er tüchtig gegen die Sozialdemokratie hetzte, sondern gab der Regierung auch Anweisungen, wie sie sich bei den zukünftigen Verhandlungen über die Handelsverträge mit Rußland zu benehmen habe. Dieser konservativen hochpolitischen Veranstaltung wohnten über 300 Kinder und Jugendliche bei, ohne daß die Inhaber der Polizeigewalt, Bürgermeister Holz und Landrat von Schulz aus Trebnitz, die beide auf dem Fest anwesend waren, etwas dagegen unternahmten.

In seinem offenen Brief fragt der Ausschuß des Arbeiterfängeresfestes, ob in Schlefien das Reichsbereinsgesetz für Konservative anders laute als für Sozialdemokraten. Er ersucht den Minister, wenn das nicht der Fall sei, die Beamten zur Verantwortung zu ziehen, die den Arbeitern verweigern, was den Rittersgutsbesitzern erlaubt ist.

Da die Anordnungen der Polizei gegen das Arbeiterfängeresfest außerdem durch Beschwerden des Rechtsanwalts Wolfgang Heine angefochten sind, hat der Herr Polizeiminister reichliche Gelegenheit, sich über die Grundzüge der preussischen Verfassung zu äußern.

## Deutsches Reich.

### Militärdebatten im bairischen Landtag.

In der bairischen Abgeordnetenversammlung wurde am Mittwoch der Militäretat erledigt. Von allen Seiten wurde der bekannte Erlaß des Kriegsministers gegen die tätlichen und wörtlichen Soldatenmishandlungen lebhaft begrüßt. Der Kriegsminister v. Kreh erklärte zu den Klagen über allzu große Milde der Kriegsgerichte gegen Soldatenhänder: auch ihn hätte manches Urteil befremdet, er könne aber nicht in die Unabhängigkeit der Richter eingreifen. Doch habe er unzulängst in einem besonderen Falle aus seiner Meinung kein Geht gemacht und bemühe sich, in Disziplinarfällen bessernd einzuwirken.

Weiter gab der Kriegsminister auf mehrere Anfragen bemerkenswerte Auskünfte. Eine Anfrage betraf die Frage, ob neue Rüstungen geplant seien. Von mehreren Rednern waren die Auslassungen des Generals Keim über die früheren Darlegungen des Ministerpräsidenten Grafen Hertling, der für eine Pause in den Rüstungen eingetreten war, kritisiert worden. Unter Parteigenossen Schmitt erklärte in Keims Verhalten einen bedenklichen Anlaß zur Politisierung des Offizierkorps. Der Kriegsminister erklärte hierauf:

Von allen Seiten ist in den Rüstungen eine Pause als notwendig bezeichnet worden. Ich kann mich auf meine Erklärungen im Januar beziehen, aber beifügen, daß mir inzwischen von einer neuen Vorlage nichts bekannt geworden ist. Daß Anläge zur Politisierung des Offizierkorps vorhanden sind, davon habe ich nichts gemerkt. Für das, was etwa in parlamentarischen Kreisen sagen oder schreiben, muß ich jede Verantwortung ablehnen.“

Einige Stellen sind unklar, weil sie zu klein sind, um sie ablesen zu können. Die meisten Stellen sind jedoch korrekt abgelesen worden.